

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags zweimal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 M., im voraus zahlbar. Alle Postgebühren nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Baltikum, Mittelgebirge sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., für das übrige Ausland 27 M., per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 95 M. • Abbestellen, Anzeigen und Verlag: Berlin 62, Breite Straße 5-6.

Die achtseitige Kuppelkassette über dem Raum kostet 5.- M., einschließlich Feuerungsheizung. Kleine Anzeigen: Das letztgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1.50 M., einschließlich Anzeigenzahlung. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3.20 M. netto pro Zeile. Verlags-Gesuche in Wort-Anzeigen: das letztgedruckte Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Dr. Wirth über die oberschlesische Frage

Sofortige Entscheidung verlangt

CC. Paris, 11. August.

Der Berliner Korrespondent des „Journal“ hatte eine Unterredung mit Dr. Wirth, der folgende Erklärungen abgab: Die ganze politische Lage Deutschlands ist durch die Entscheidung über die oberschlesische Frage und die Aufhebung der Sanktionen bedingt. Diese beiden Angelegenheiten sind der Prüfstein der ganzen politischen Anschauung. Man würde den Glauben an die Demokratie verlieren, wenn das Vertrauen des deutschen Volkes endgültig enttäuscht würde. Gegenwärtig billigt die große Mehrheit des deutschen Volkes die Politik ihres Kanzlers. Durch ihre Arbeit hat die deutsche Demokratie zum Wiederaufbau und zur Durchführung des Versailler Vertrages beigetragen. Deutschland hat den lebhaftesten Wunsch, sich mit den anderen Völkern zu verständigen. Eine Entscheidung des Obersten Rates, die eine Enttäuschung hervorrufen könnte, würde auf die politische Lage Deutschlands und Europas einen zerstörenden Einfluss ausüben. Gemäß den Bestimmungen des Vertrages und der Abstimmung müsse Oberschlesien an Deutschland fallen. Selbst ein künstlicher Teilungsplan könnte die wirtschaftliche Lage in Oberschlesien nicht befriedigen und wäre auch mit dem Willen des oberschlesischen Volkes nicht vereinbar. Der Kanzler wiederholte seine in Bremen abgegebenen Erklärungen und forderte eine rasche Entscheidung über Oberschlesien. Er widerlegte die Anschauung, als ob die Äußerungen Dr. Kossens in der Frage der Truppenverpflichtungen eine Spaltung zwischen Frankreich und England hätten herbeiführen sollen. Derartige Absichten hätte Deutschland nicht, es könne seine Politik nicht auf die Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und England aufbauen, denn selbst, wenn eine solche Politik einen provisorischen Erfolg hätte, müßte sich der Reichskanzler ihr doch widersetzen. Deutschland wüßte seine Politik der Feindseligkeiten, sondern eine Politik des Friedens. Deutschland wolle seine Verpflichtungen erfüllen, aber nicht mit Hilfe von Drohungen und Intelligen. Sodann sprach der Reichskanzler über seine Steuerpläne, von denen er 80 Milliarden Einnahmen erhoffte, und zwar 43% Milliarden aus direkten und 36% Milliarden aus indirekten Steuern.

Ob die Ausführungen des Reichskanzlers auf die Beratungen in Paris noch irgendwelchen Einfluss ausüben werden, erscheint zweifelhaft. Deswegen ist es auch überflüssig, an der einen oder anderen Wendung Kritik zu üben. Wenn Dr. Wirth sagt, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes seine Politik billigt, so dürfte das nur im bedingten Maße zutreffen, teils soweit es sich um die Behandlung der auswartigen Angelegenheiten handelt und solange sie wirklich eine Politik des Friedens ist. Im letzten Satz seiner Ausführungen, der sich mit den Steuerplänen befaßt, stößt man schon auf den Punkt, bei dem die Politik Dr. Wirths dem heftigen Widerstand der arbeitenden Bevölkerung begegnen muß.

Heitere Stimmung im Obersten Rat

Die Beratungen der Sachverständigen in Paris dauern noch fort. Man nimmt aber an, daß sie heute mittag zu Ende gehen, und daß sich dann der Oberste Rat wieder mit der oberschlesischen Frage befassen werde. Offizielle Berichte von diesen Beratungen werden nicht ausgegeben. Die Presse bringt zwar eine Menge von Meldungen über ihren Inhalt und das voraussichtlich zu erwartende Ergebnis, aber sie scheinen mehr aus Mutmaßungen als aus tatsächlicher Kenntnis der Vorgänge geschöpft zu sein. Von italienischer Seite will der Berichterstatter der „Vossischen Zeitung“ gehört haben, daß man um jeden Fußbreit Land erbittert gekämpft werde, daß man aber mit aller Bestimmtheit auf eine Verständigung rechnen könne. Von französischer und italienischer Seite werde übereinstimmend erklärt, daß der Oberste Rat aller Voraussicht nach die deutsch-polnische Grenze endgültig festsetzen werde und daß die Grenze sich vermutlich als eine Verbesserung der ersten Sforza-Linie zugunsten Deutschlands darstellen werde. Die italienische Delegation habe angeregt, daß Deutschland für den Verlust eines Teiles des Industriedreiecks durch Entgegenkommen in der Sanktionenfrage entschädigt werde.

Derselbe Berichterstatter sagt, in französischen Kreisen werde ganz offen geäußert, daß die Rede Lord Georges und Briands nur für die Galerie bestimmt gewesen seien, und daß die beiden Ministerpräsidenten in dem Augenblick, da sie das Wort ergriffen, längst zum Verzicht auf den dargelegten Standpunkt zugunsten einer Kompromißlösung entschlossen waren. Es werde weiter berichtet, daß England in Berlin schon vor der Pariser Konferenz unzweideutig zu verstehen gegeben habe, die Teilung des Industriegebietes sei unvermeidlich. Auch Philipp Millet, der außenpolitische Leiter des „Petit Parisien“, behauptet, die Rede Lord Georges habe keineswegs so ernst geklungen wie man nach ihrem Wortlaut hätte annehmen können. Es habe am Dienstag unter den Hauptteilnehmern der Konferenz eine nicht enden wollende heitere Zeit geherrscht und der Beschluß, die Sachverständigen

noch einmal mit der Ausarbeitung neuer Vorschläge zu beauftragen, habe zu allerhand schlechten Witz Anlaß gegeben.

Die „Vossische Zeitung“ glaubt Anlaß zur Entrüstung darüber zu haben. Sie meint, daß die Schilderung Millets alles andere als eine Hebung des Ansehens des Großen Rates der Siegermächte bedeute. Für uns bringen Vorgänge von dieser Art nichts neues. Wir wissen, daß nicht nur bei den Siegerstaaten die wichtigsten Interessen der Völker der Regierungsmännern Anlaß zu heiteren Szenen geben. Es sei nur daran erinnert, wie oft während des Krieges die Leiter der deutschen Politik und die Kommandeure des Heeres sich an Scherz und Spiel ergötzen, während draußen „vor dem Feinde“ die blühenden Menschenleben in Massen dahingestreckt wurden oder in den Schützengräben vermoderten. Man braucht seine Blicke aber gar nicht erst nach Paris oder in die Vergangenheit schweifen zu lassen; sehen wir nicht in unserer nächsten Umgebung und alle Tage von neuem, wie eine kleine Schicht von Besitzenden vom Taumel des Luxus und der Uebersättigung ergriffen ist, während die vielen Millionen der minderbemittelten Bevölkerung sich einer ständig wachsenden Verelendung gegenüber sehen?

Aus den Mitteilungen der Pariser Presse über die Beratungen der Sachverständigen sei folgendes wiedergegeben:

Die „Petit Parisien“ mittels, hat der Sachverständigenausschuß gestern seine Arbeiten nur teilweise fortgesetzt, nur der erste Teil seines Berichtes sei beendet gewesen. Nach einer Vormittags-Sitzung sei notwendig, um Unterlagen zu schaffen, die der Oberste Rat brauche, um sich erneut mit der oberschlesischen Frage zu befassen. „Petit Parisien“ und andere Blätter haben hervor, es sei nicht sicher, daß der Sachverständigenausschuß sich über eine eigentliche deutsch-polnische Grenzlinie einigen könnte. Die Aufgabe bestehe im wesentlichen darin, den industriellen oberschlesischen Block zu teilen, indem man im Innern des Landes eine Anzahl wirtschaftlicher Zonen schaffe, die von einander losgelöst werden könnten. Bisher seien 16 verschiedene Zonen gebildet worden. Diese Zerstückelungsarbeit erleichtere zwar nach halbamtlichen Blättern die Grenzführung, setze aber der Erörterung über die Grenze kein Ende. Deshalb sollen die Regierungschefs die endgültige Entscheidung treffen.

Nach dem „Devoire“ war es namentlich der englische Sachverständige Hurst, der mehr den Anschauungen Lord Curzons als denen Lloyd Georges folgte und sich einer Aufteilung des Industriegebietes auf das energischste widersetzte. Er erklärte, daß die Landgemeinden notwendigerweise an die Städte angeschlossen werden müßten, selbst wenn sie in der Mehrheit von Polen bewohnt wären. Der „Matin“ meint, wenn es den Sachverständigen gelänge, 10 wirtschaftliche Einheiten herzustellen, von denen drei deutsch und drei durchaus polnisch seien, so blieben immer noch vier zweifelhaft, und so würde weder die französische noch die englische noch die Sforzalinie eine Berechtigung haben.

Nach der „Chicago Tribune“ hätten sich die Sachverständigen bereits vollkommen geeinigt und die neue Grenze Oberschlesiens gezogen. Sie folge der Sforzalinie, nur mit dem Unterschied, daß sie Zabrze den Deutschen und Beuthen den Polen zuweise, während Frankreich Zabrze Polen und England Beuthen Deutschland zusprechen wolle. Das Blatt behauptet ferner, daß direkte Geheimverhandlungen zwischen Berlin und Warschau stattgefunden hätten. England habe einen Druck auf Deutschland und Frankreich einen Druck auf Polen ausgeübt, damit zwischen beiden Ländern eine direkte Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten der oberschlesischen Frage versucht werde.

Die zuletzt wiedergegebene Behauptung der „Chicago Tribune“ ist nur mit aller Vorsicht aufzunehmen. Von direkten Verhandlungen zwischen der deutschen und der polnischen Regierung ist hier nichts bekannt geworden. Wir haben immer wieder betont, daß nur eine direkte Verständigung zwischen den beiden beteiligten Staaten eine beide Seiten zufriedenstellende Lösung ermöglichen könne. Da aber in der Politik der kapitalistischen Staaten die Vernunft nur eine geringe Rolle spielt, so ist kaum anzunehmen, daß ihr bei dieser Gelegenheit ein größerer Spielraum eingeräumt werden soll.

Die Rückkehr der oberschlesischen Flüchtlinge

Breslau, 10. August.

Auf eine Anfrage, ob diejenigen Personen, die infolge des Aufstandes geflüchtet sind, berechtigt seien, ohne besondere Ermächtigung nach Oberschlesien zurückzukehren, hat die Interalliierte Regierungskommission entschieden, daß diejenigen Flüchtlinge, die den Wunsch haben, nach Oberschlesien zurückzukehren, zu diesem Zweck ein Gesuch an den Konsentrations ihres Wohnsitzes zu richten haben. (Siehe auch dritte Seite.)

Keine Auflösung des Danziger Volkstages

II. Danzig, 11. August.

Gegen die Stimmen der Sozialisten und Polen lehnte der Danziger Volkstag den sozialistischen Antrag auf Auflösung des Volkstages zum 30. d. Mts. und Ausschreibung von Neuwahlen ab.

Die Düngemittel-Kapitalisten

P. L. Das „Berliner Tageblatt“ hat kürzlich eine Auseinandersetzung mit den Kapitalisten der deutschen Kaliindustrie gehabt und ihnen in Nr. 351 vom 28. Juli 1921 nachgewiesen, daß sie im vorigen Jahre durch falsche Preis- und Gewinnberechnungen die Bewilligung einer Preiserhöhung beim Reichswirtschaftsministerium durchgesetzt hätten. Alle Winkelzüge der Kaliindustriellen haben jene Feststellung des „Berliner Tageblatts“ nicht zu erschüttern vermocht.

In der „Freiheit“ ist unterm 27. Juli festgestellt worden, daß das Stickstoffindikat verlangt, die Einfuhr und der Verkauf des im Preise fallenden Chilealpeters (woodon Chile einen Vorrat von 2,4 Millionen Tonnen hat) solle nicht unter dem künftig hochgehaltenen Inlandspreise für Stickstoff gestattet sein. Außerdem verlangt das Stickstoffindikat die Berechtigung, eine der Einfuhr von Chilealpeter entsprechende Menge Stickstoff ausführen zu dürfen, ohne daß eventuelle Uebergewinne (insolge des Währungsunterschiedes) vom Reiche in Anspruch genommen werden.

Im Juni 1921 hat das deutsche Stickstoffindikat mit den Chilealpeter-Produzenten und den englischen Ammonial-Produzenten in Rotterdam Vereinbarungen über die künftige Preisgestaltung getroffen. Dazu schreibt uns das Stickstoffindikat:

Die Einladung zu der Sitzung in Rotterdam erfolgte von dem englischen Salpeter-Syndikat. Die Engländer schätzten zunächst die außerordentlich schwierige Situation, die auf dem Salpetermarkt infolge des Wegfalls des deutschen Bedarfs an Chilealpeter in der Welt herrschte. Die deutschen Vertreter der Stickstoffindustrie trugen dieser Situation dadurch Rechnung, daß sie für einige Monate auf den Export von Stickstoffbärgen und für die gleiche Zeit auf den Bau neuer Stickstoff-Fabriken verzichteten unter der Voraussetzung, daß die Weltstickstoff-Produzenten in Chile, Amerika und England sich über die Preise verständigen. Irrenden Einfluss auf den Weltmarktpreis selbst hat die deutsche Gruppe nicht genommen.

Die deutschen Vertreter haben weiter zugelegt, daß sie gegen die Einfuhr von Chilealpeter keine Einwendungen machen würden, wenn die Chilealpeter-Produzenten diese Erlaubnis nicht zu einem Dumping gegen Deutschland allein mißbrauchten mit dem ausgesprochenen Zweck, die neue deutsche Stickstoff-Industrie zu bekämpfen und zu vernichten. Ein anderer Standpunkt der Deutschen wäre ein direkter Verrat an der neuen deutschen Stickstoffindustrie, an den hierbei beschäftigten 50 000 Arbeitern und letzten Endes am ganzen deutschen Volke gewesen. Die Vertreter der Stickstoffindustrie haben in Rotterdam keinen Zweifel darüber gelassen, daß sich das deutsche Volk mit seiner Stickstoffwirtschaft eng verknüpft fühlt und sich in einem Vernichtungskampf gegen die deutsche Stickstoffindustrie, falls etwa das Ausland ihn führen wolle, bis aufs Aeußerste wehren würde.

Die Bedingungen, zu denen eine Einfuhr des Chilealpeters in Deutschland nach Ansicht der Stickstoffindustrie zulässig ist, wurden vom Düngestickstoff-Ausschuß, in dem auch Arbeitervertreter Sitz und Stimme haben, einstimmig gebilligt, ebenso von der Außenhandelsstelle, Abteilung Stickstoffdünger, welche bekanntlich paritätisch zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengestellt ist. Die Forderung, daß Mehrerlöse aus der Ausfuhr nicht einem staatlichen Zugriff ausgekehrt werden dürfen, ist im vorliegenden Falle deswegen geboten, weil es sich hier nicht um ein normales Ausfuhrgeschäft handelt, sondern um eine Kampfmaßnahme, bei welcher die um ihre Existenz kämpfende Industrie nicht von vornherein der Kampfmittel beraubt werden darf, sie vielmehr etwaige Mehrerlöse benutzen muß, um die durch das ausländische Dumping entstehenden Inlandsverluste abzumeden.

Wenn es infolge der Rotterdamer Vereinbarungen gelingt, den Kampf zwischen dem deutschen synthetischen Stickstoff und dem Chilealpeter-Stickstoff zu vermeiden, so haben daran in erster Linie die in der Stickstoffindustrie beschäftigten Arbeiter in der ganzen Welt das größte Interesse.

Da wir nicht mehr im August 1914, sondern im August 1921 leben, wirkt es ziemlich fade, daß das Stickstoffindikat seine reinen Profitinteressen mit „vaterländischen“ Redensarten zu verdrängen trachtet. „Die schwierige Lage auf dem Salpetermarkt“ besteht darin, daß der Chilealpeter auf dem Weltmarkt in großen Mengen verhältnismäßig sehr billig vorhanden ist und seine Einfuhr nach Deutschland nur wegen des schlechten Standes der Mark bis her nicht vorzuziehen war. Der Weltmarktpreis ist aber im weiteren Sinken begriffen, so daß die Einfuhr von Chilealpeter trotz des schlechten Standes der deutschen Mark nach Deutschland vorteilhaft wird, weil hier das Stickstoffindikat die Preise für den deutschen synthetischen Stickstoff künstlich hochhält. Daher hat sich das deutsche Stickstoffindikat — im Gegensatz zu seinen vorstehenden Behauptungen — gerade bei den Beratungen in Rotterdam daran beteiligt, wie der Weltmarktpreis wieder in die Höhe gebracht werden könne.

Die Maßnahmen des Stickstoffindikats haben mit den Interessen des deutschen Volkes oder mit denen der Arbeiter überhaupt nichts zu tun. In Rotterdam sahen vielmehr die Kapitalisten verschiedener Länder unter sich einträchtig beisammen, um den Proletariern das Fell über die Ohren zu ziehen.

Wenn das Stickstoffindikat sich darauf beruft, daß seine Politik von Arbeitervertretern gebilligt worden sei, so haben sich diese (wenn die Behauptung des Stickstoffindikats richtig ist) ebenso einseifen lassen, wie nach den Darlegungen

des „Berliner Tageblatts“ sich früher das Reichswirtschaftsministerium von den Kalkindustrialisten hat irreführen lassen. Das Stützmittel verlangt, daß der etwa einzuführende Zöllefall nicht unter dem Inlandspreise verkauft werden dürfe. Es könnte also gar kein Dumping (Preisunterbietung) eintreten. Folglich braucht das Stützmittel die bei der Ausfuhr erzielten Salutagewinne nicht zum Ausgleich eines Dumpings, sondern zur Vergrößerung der Unternehmerprofite.

Der Kappist und der Dolchstoß

Aus Stettin wird gemeldet:

Das im Jahre 1913 in Bau genommene, seit einigen Jahren äußerlich schon vollendete Bismarck-Denkmal bei Stettin-Gohlis wurde heute (am Mittwoch) feierlich eingeweiht. Bei der Enthüllung einer von Professor Hollaeus (Berlin) modellierten Bismarck-Büste, die als Herme in der Halle aufgestellt ist, sprach Freiherr v. Wangenheim-Klein-Spiegel, der unter anderem in einem Vergleich der heutigen Zeit mit der glorreichen Reichsgründung die Hoffnung ausdrückte, daß das ganze deutsche Volk bald wieder treu zu Kaiser und Reich stehen werde, nachdem sich die Erkenntnis durchgerungen hat, daß der greisbar nahe gewesene Sieg durch die Kriege und die Parteien der Revolution verhindert worden sei, die man mit Recht die vaterlandslosen Gesellen nennen könne.

Freiherr v. Wangenheim konnte nur dank der vorzüglichen deutschen Rechtspflege bei der Denkmalsenthüllung in Stettin durch seine hehre Anwesenheit glänzen. Der Mann hat nämlich in der Kappregierung eine führende Rolle gespielt, mußte also eigentlich im Zuchthaus sitzen. Da er aber, wie schon seine Name sagt, kein Arbeiter, sondern ein „Freiherr“ ist, setzten ihn unsere jamaiken Gerichte außer Verfolgung und so kann er jetzt, wo es nichts zu putzen gibt, sich mit der Verbreitung von Geschichtslügen befassen. Eine derartige Beschäftigung entspricht zwar den im allgemeinen sehr eng begrenzten Verstand der preussischen Junker. Immerhin sollte man von einem Wangenheim etwas mehr erwarten können, als das bloße handwerksmäßige Nachplappern längst widerlegter Legenden. Wangenheim glaubt noch heute, daß im November 1918 der „Sieg greisbar nahe gewesen, durch die Parteien der Revolution aber verhindert worden sei“. Lieft denn der gute Mann seine eigene Parateilpresse nicht? Er hätte da zum Beispiel am 13. November 1918 in der „Kreuz-Zeitung“ folgende Sätze finden können:

„Die militärische Zeitung hat, ohne jede politische Bestimmung ihrer Kampfsiege und in der Unterschätzung unserer Feinde geglaubt, den zerschmetternden Sieg nach allen Seiten erheben zu können. So ging der Krieg verloren und begrub in seinem Ausgang den Kaiserstaat unter seinen Trümmern.“

Da es immerhin möglich sein könnte, daß sich Freiherr v. Wangenheim, wie viele seines Kreises, in jenen Tagen verstreut hielt, so daß ihm die „Kreuz-Zeitung“ nicht zu Gesicht kam, wollen wir ihn weiter daran erinnern, daß am 18. November 1918, also zu einer Zeit, wo manchem junkerlichen Helden die Hosen schon wieder etwas trocken geworden waren, die „Post“ schrieb: „Danach hat General Ludendorff am 1. Oktober d. J. unsere militärische Lage für verzweifelt gehalten und sofort Waffenstillstand gefordert. Acht Tage später gestand er ein, sich in der Bewertung der Kriegslage geirrt zu haben. Einen folgenschwereren Irrtum hat es noch nie gegeben. Er hat sein ganzes Volk dem Unglück und der Schande überliefert.“

Sollte Herr v. Wangenheim wider Erwarten weder die „Post“ noch die „Kreuz-Zeitung“ lesen, oder gar, wie Hindenburg seit seiner Kadettenzeit, überhaupt kein Buch zur Hand nehmen, dann möchten wir ihm empfehlen, sich wenigstens einmal die „Erinnerungen“ des Großadmirals v. Tirpitz anzusehen. Den ersten und allgemeinen Teil braucht er nicht zu lesen. Das ist ein bißchen zu schwer für ihn. Aber die letzten Seiten, die Tagebuchaufzeichnungen wiedergeben, könnten Freiherrn v. Wangenheim vielleicht zu der Ueberzeugung bringen, daß der Krieg schon 1914 verloren war, und zwar, wie Tirpitz mit Recht behauptet, infolge der Unfähigkeit der politischen und militärischen Führung. Tirpitz wollte

damals nach dem Kriege „unter die Sozen gehen und sich einen ganzen Haufen Laternenpfähle ausjuden“. Herr v. Wangenheim kann froh sein, daß Tirpitz seine fürchterliche Drohung nicht wahr gemacht hat, sonst hätte er vielleicht auch an irgendeinem Laternenpfahl gebammelt und könnte heute seine verblödeten Zuhörer nicht mehr mit schönen Legenden erfreuen.

Noch ein Held

Die große Friedensdemonstration am 31. Juli hat der nationalistischen Presse Gelegenheit gegeben, die Demonstranten der Feigheit zu zeihen und ihnen den Vorwurf zu machen, daß es die blasse Angst um das bisherige Leben sei, was sie dazu veranlasse, den Krieg zu bekämpfen. Ein besonders harter Mann tobte sich in der „Täglichen Rundschau“ aus, die, wie bekannt ist, zu fünfzig Prozent deutschnational und zu fünfzig Prozent volksparteilich redigiert wird. Das „Leipziger Tageblatt“ knüpfte sich daraufhin die Federhelden der „Täglichen Rundschau“ etwas näher vor und behauptete, einer dieser Mutigen habe im Herbst 1914 gebeten, das Wohlwollen des Großherzogs von Oldenburg für ihn in Anspruch zu nehmen, damit er nicht zur Infanterie komme, sondern zu den Sanitätsführern. Da sei die Gefahr für das Leben nicht so groß. Genannt war bei dieser Darstellung niemand. In der „Täglichen Rundschau“ meldete sich aber ein Herr Erich Schwarzer und glaubte die Feststellung machen zu können, daß er sich nie um eine höhere Frontstellung beworben habe. Dem „Leipziger Tageblatt“ schickte der Herr folgendes Telegramm:

„Lesen heute Berliner Tageblatt Ihre Angriffe gegen uns. Soweit ich damit gemeint sein sollte, erkläre ich alle diese Angaben in jedem Punkte für unecht und für ehrenschädliche Verleumdungen. Erwarte Verleumdung bis Sonntagabend, werde Sie sonst Rechenschaft ziehen.“

1. Politischer Redakteur der Täglichen Rundschau.
Das „Leipziger Tageblatt“ hat sich daraufhin mit seinem Gewährsmann in Verbindung gesetzt und kann nunmehr folgende Feststellung machen:

„Herr Schwarzer war damals Leitender der „Braunschweiger Neuesten Nachrichten“. Eines Tages ließ mir der Herr, den ich bis dahin nicht gekannt und gesprochen hatte, durch das Telefon sagen, ich möchte in einer dringenden persönlichen Sache doch zu ihm auf die Redaktion kommen. Da er meinen Besuch wünschte, nahm ich an, daß diese dringende persönliche Sache mich angehe. Mein Erkennen war sehr groß, als Herr Schwarzer mir sagte, ich hätte doch Beziehungen zu der Sanitätsabteilung, er möchte nicht als Infanterist ins Feld, ob ich ihn nicht an den Leiter der Abteilung und den Kommandanten Stellung empfehlen könnte, da doch die Gefahr bei den Sanitätsführern nicht so groß sei. Ich erwiderte, daß für die Sanitätsabteilung nur „d. u.“ Leute in Frage kämen; ich wolle es aber versuchen. Von der Bitte des Herrn Schwarzer habe Kenntnis die Sekretärin, zwei Redakteure und der Leiter der Sanitätsabteilung. Erwarten Sie das „Zur Rechenschaft-Ziehen!“

Seit dieser Veröffentlichung sind einige Tage vergangen. Herr Schwarzer ist noch immer still. Wir würden es sehr begrüßen, wenn nunmehr auf unsere Veröffentlichung hin der Leitender der „Täglichen Rundschau“ das Wort finden würde. Schwarzer, wo bist du?

Ein rechtssozialistischer Beschluß in Sachsen

Wie die „Leipziger Volkszeitung“ mitteilt, wurde in einer Kreisversammlung der rechtssozialistischen Organisation Aueschwarzenberg folgende Entscheidung angenommen:

„Die am 31. Juli in Schwarzenberg tagende Unterbezirksversammlung des ehemaligen 21. Reichstagswahlkreises erwartet von der sächsischen Regierung, daß sie dem gebührenden Treiben des reaktionären Beamtenlagers und der bürgerlichen Parteien im Falle der Ernennung des Parteisekretärs Ruffel zum Amtshauptmann von Leipzig nicht nachgibt, sondern weiter die Demokratisierung der Verwaltung im Sinne der Republik fördert.“

im Grunde sind sie gar nicht neugierig. Sie sind unsicher und in Angst.

Unsicher, weil sie keine Gewähr dafür haben, daß die Richtung, in der sie wandern, nicht vielleicht falsch ist.

In Angst, weil, wenn sie in der falschen Richtung wandern, sie immer weiter von dem, was sie anstreben, abkommen, immer tiefer der Zukunft, des Lebens, teilhaftig werden, immer tiefer in die Vergangenheit, in den Tod, sich verstricken.

Aus dieser Angst und Unsicherheit heraus beginnen sie zu suchen. Unabsehbar umflutet sie der Ozean der Zeit. Wie zur Küste, zum sicheren Port gelangen?

Und sie suchen. . . Doch der Verzweiflung oder Ermattung fällt anheim, wer nur seinem Willen und seiner Kraft vertraut und es unterläßt, sich mit den Instrumenten auszurüsten, deren jeder bedarf, der sich auf den Ozean hinauswagt, mag es nun der physische sein, der im gewaltigen Rhythmus von Ebbe und Flut zwischen den Kontinenten dahintauscht, oder der geistige, der zwischen den Menschen brandet.

Nur daß, was dort Kompaß und Segel heißt, hier Bildung genannt ist.

III.

Ein katastrophales Mißverständnis setzt Bildung und Wissen einander gleich. In Wahrheit gibt es Vielwisse, die ungebildete Bananen sind, und im besten Sinne des Wortes Gebildete, die ein unverhältnismäßig geringeres Wissen besitzen.

Auf die Summe der Kenntnisse kommt es also nicht an. Bildung ist nichts Mechanisches, nichts, was man auswendig lernen, durch Kürnberger Trichter sich von außen her einflößen kann. Bildung ist organisch, ein Zustand, eine Fähigkeit.

Wer das Wesentliche vom Unwesentlichen unterscheiden, werden kann, der allein ist gebildet. Ist er gleichzeitig kenntnisreich, desto besser. Ist er nur kenntnisreich, so ist er ein papierenes Monstrum, ein wandelndes Lexikon, in dem einfachlich viel und im Grunde doch gar nichts steht, weil all der Wissenswust kein Können ergibt. Ohne Können, ohne Denken-Können aber keine Bildung. Es kann einer so gelehrt wie eine ganze Bibliothek und doch ein unerträglich dummkopf sein, wofür er nicht danken kann. Denn Dummheit ist nicht Kennnislosigkeit, Dummheit ist mangelnde Urteilskraft, Denkschwäche, Denkschwäche.

Kinder sind selten dumm. So unwissend sie sind, so scharf beobachten und folgern sie in ihrer unmittelbaren, ungeborenen und phantastischen Weise. Dumm sind nur die Erwachsenen, die mehr Wissen in sich hineinschlingen, als ihr Verstand verdauen kann. Dumm sind sie, weil sie vergeblich sind. Weil ihr Gedächtnis alle anderen Fähigkeiten ihres Gehirns erstickt hat, weil ihr reproduktives Werkvermögen auf Kosten ihres logisch-konstruktiven Vermögens entwickelt ist.

Diese Entschließung ist zu begrüßen. Sie bedeutet nicht nur eine Ablehnung des Lobliedes, das der zurückgetretene sächsische Justizminister Harnisch auf die alte Beamenschaft gesungen hat, sondern sie wirkt auch bewußt einer von Dresden ausgehenden rechtssozialistischen Strömung entgegen, welche die Koalitions-genossenschaft mit unserer Partei schon längst sprengen und lieber die Deutsche Volkspartei an Stelle der Unabhängigen in die Regierung aufnehmen möchte. Wie die „Frankfurter Zeitung“ nämlich wissen will, soll die bekannte Rede des Rechtssozialisten Harnisch keineswegs nur eine persönliche Entgleisung, als vielmehr das Signal zu einer Verschärfung der von Dresden ausgehenden Bestrebungen darstellen.

Um die Erfassung der Goldwerte

Der Parlamentsdienst der rechtssozialistischen Partei verbreitet folgende Mitteilung:

Scheinbar zur Beruhigung der Öffentlichkeit, die an den Steuerplänen scharfe Kritik geübt hat, wird jetzt halbamtlich mitgeteilt, daß im Anschluß an die Körperschaftsteuer eine Beteiligung des Reiches an der Industrie durchgeführt werden soll. Die einmütige Ablehnung des bisherigen Steuerbuletts des Reichsfinanzministers bis weit in die Kreise der bürgerlichen Parteien hinein, scheint also allmählich den längst erforderlichen Gesinnungswandel bei den leitenden Persönlichkeiten vorzubereiten. Man wird die weitere Ausgestaltung der angegebenen Pläne abwarten müssen, ehe abschließend zur Form der Sachverhaltung Stellung genommen werden kann. Schon jetzt aber muß mit aller Entschiedenheit ausgesprochen werden, daß sich eine Goldwertbelastung, die sich auf die Industrie beschränkt, den Grundbesitz aber völlig unangefastet läßt, von der Sozialdemokratie auf keinen Fall hingenommen werden kann. Auch läßt es auf eine Irreführung der Öffentlichkeit hinaus, wenn dort von einer Goldwertbelastung geredet wird, wo man durch Preisgabe einer schon bestehenden Steuer, und zwar der Körperschaftsteuer, jede finanzielle Mehrbelastung des Kapitals umgeht. Die Sozialdemokratie fordert eine Goldwertsteuer des ganzen agrarischen und industriellen Kapitalbesitzes nicht an Stelle, sondern neben den bestehenden und neu geplanten direkten Steuern.

In dieser Mitteilung fällt zunächst auf, daß sie nichts über die Stellungnahme der rechtssozialistischen Partei zu den indirekten Steuervorlagen der Regierung enthält. Man muß deshalb annehmen, daß sie sich mit ihnen ohne weiteres abzufinden gedenkt. Wir können aber jetzt schon sagen, daß die Arbeiterchaft in ihrer Gesamtheit die neue ungeheure Belastung ihrer Lebenshaltung nicht so ohne weiteres hinnehmen wird. Im übrigen schlägt der Parlamentsdienst, soweit es sich um die Erfassung der Goldwerte handelt, einen recht entschiedenen Ton an. Das entspricht dem in der breiten Masse des Volkes verbreiteten Unwillen darüber, daß auch diesmal wieder die bestehenden Klassen auch bei den direkten Steuern mit einem blauen Auge davontkommen sollen.

Begegnung zwischen Dr. Masaryk und Dr. Hainisch

Hallstadt, 10. August.

Der Präsident der tschechoslowakischen Republik Dr. Masaryk, begleitet vom Minister des Äußeren Dr. Benes, und Bundespräsident Dr. Hainisch mit Bundeskanzler Schöber hatten heute in Teplitz eine Begegnung. Nach kurzem Aufenthalt wurde die Weiterfahrt nach Hallstadt angetreten, während der beiden Präsidenten eine halbe Stunde lang all in im Gespräch verblieben. Später nahmen auch Minister des Äußeren Dr. Benes und Bundeskanzler Schöber an der Unterredung teil. Eine ganze Reihe von wirtschaftlichen und politischen Fragen, die für die Weiterentwicklung der beiden benachbarten Republiken von größter Bedeutung sind, wurde erörtert.

Metallarbeiterausperrung in Kreuznach. Da die ausländischen Arbeiter einer Firma die Arbeit am Sonntagabend nicht wieder aufgenommen haben, hat der Arbeitgeberverband für das Metallgewerbe sämtliche Metallarbeiter in Kreuznach ausgesperrt.

Es ist ein Unfug, Leute dieser Art gebildet zu nennen. Wer nicht denken kann, ist ungebildet, mag die Summe seiner Kenntnisse auch noch so groß sein.

IV.

Es ist nicht möglich, Bildung zu erwerben, wie man Kenntnisse erwirbt. Man gelangt nicht zur Bildung, indem man sich Tatsachen einprägt, so nützlich dies auch bis zu einem gewissen Grade ist. Vielmehr ist es notwendig, die Tatsachen sowohl an sich, wie auch in ihrem kausalen (ursächlichen) Zusammenhang zu begreifen, zu durchdenken, zu verstehen.

Wer dies auf einem noch so kleinen Teilgebiet zustande bringt, findet dort den Schlüssel zur Welt, denn die Gesetze, die die Teile der Welt bewegen, sind nicht verschieden von den Gesetzen, denen das Ganze der Welt gehorcht.

Wie so oft, ist auch hier wenig mehr als viel. Niemand kommt aus Ziel, der an der Oberfläche von tausend Dingen umhertreibt, einzig der, der sich auf einiges beschränkt, so bescheiden es auch sei, dann aber in beharrlicher Bemühung tief und tiefer gräbt, bis sich der letzte Kern ihm erschließt.

Nur eines ist Bedingung: daß er nicht vergißt, daß es neben diesem einen Ding alle anderen gibt, und daß er es nicht um seiner willen, sondern um ihrer willen erwählt hat.

Somit treibt er Götendienste, wird Fachmann, Spezialist, und vergißt, ob er ihn schon in Händen hält, den Schlüssel ins Schloß der Welt zu stecken.

Hüte dich vor dem Rechts-als-Fachmann! Er hat verbaunte Ähnlichkeit mit unserem Freund, dem Vielwisse, nur daß er sich in eine Sadgasse verrennt hat.

Bildung gedeiht aber nicht in Sadgassen. (Wofür man nicht immer wieder heraustrinkt.)

V.

Zur Bildung führt die starke Persönlichkeit, die selbst gebildet ist, also ungefähr dort beginnt, wo der blöde Fachsimpel anhört.

Zur Bildung führt auch das Buch, vorausgesetzt, daß der zu Führende nicht nur Wortbilder an einander reiht, sondern wirklich lesen kann.

Das ist nun freilich eine noch immer recht wenig verbreitete Kunst, wenn auch glücklicherweise eine von den wenigen, die jeder, der den guten Willen mitbringt, sich aneignen kann.

Sie läuft darauf hinaus, anstelle der Kilometerreferenzen Druckpapier-Referenzleistungen, bei der nicht herauskommt, als ein laiches Halb- und Afterswissen, anstelle dieses unfruchtigen und den Sinn vernachlässigenden Dröselwortschatzes die bewußte Eroberung des Inhalts, die aktive Verarbeitung der Gedanken, des lebendigen Geistes zu sehen, dessen tote Schatten ja nur aufs Papier gebannt ist.

Bildung, Wissen, Lesen

Von Rudolf Schwarzkopf.

I.

„Unser Dasein hat keinen Grund und Boden, darauf es fußt, als die dahinschwappende Gegenwart. Daher hat es wesentlich die beständige Bewegung zur Form.“

Aus diesen Worten Schopenhauers spricht dieselbe Erkenntnis, die der Grieche Heraklit in die berühmte Formel „Panta rei“ (Alles fließt) gießt, hat eine Formel, die trostlos wäre, wenn sie nicht gleichzeitig dem menschlichen Geiste, der angeht, der verwirrenden Fälle der Erscheinungen nach einheitlicher Zusammenfassung schmachtet, eine erhabene Tröstung böte.

Denn der ewige Fluß aller Dinge, in dem es keinen festen Punkt gibt, als den Wechsel, das beständig Unbeständige der in ewiger Bewegung dahinströmenden Welt, — was anderes spricht aus alle dem als die Rajastäd des Westens, die große, unendliche Einheit, zu der alles Sein wie Rindern sich ründer?

Es ist die Erkenntnis der Entwicklung als des letzten uns wahrnehmbaren Grundprinzips der Welt, die uns hier begegnet, der beherrschende Gedanke, den Marx von Hegel übernommen, um ihn in genialer Um- und Ausgestaltung auf das gesellschaftliche Sein, insbesondere auf die ökonomischen Bezirke desselben, anzuwenden.

„Es ist der letzte Endzweck dieses Wertes, das ökonomische Bewegungsgeß der modernen Gesellschaft zu enthüllen“, heißt es im Vorwort zur ersten Auflage des „Kapitals“. Und mit aller Schärfe strempelt das Nachwort der zweiten Auflage diejenigen zur rettungslosen „Bürgern“, die, wie auch immer ihre Stellung im Produktionsprozeß sein mag, die kapitalistische Ordnung der Gegenwart als absolute und letzte Gestalt der gesellschaftlichen Produktion auffassen statt, als eine geschichtlich vorübergehende Entwicklungsstufe.

II.

Wenn aber die Gegenwart nichts Endgültiges, Beharrendes, kein Ziel ist, sondern nur ein Weg, der aus dem Land der Vergangenheit ins Reich der Zukunft führt, so drängt sich unwillkürlich die Frage auf, wohn denn nun eigentlich dieser Weg führt?

Im Leben jedes einzelnen ragt dieses große Fragezeichen: Wo hin? Und wie im Leben der einzelnen, so auch im Leben der verschiedenen Gesellschaftsklassen, der Völker und der Staaten.

Doch damit ist es nicht getan: diejenigen, die erkannt haben, daß das Heute nur ein Uebergang vom Gestern zum Morgen ist, sind vielleicht am wenigsten beunruhigt darüber, daß ihr Blick den dichten Schleier nicht zu durchdringen vermag, der die Gestalt des Kommenden verhüllt. Sie fühlen, daß es genügen würde, näher heranzuwandern, um ihre Neugierde zu befriedigen. Aber

